



**Berlin, 2. Juni 2022
Nr. 29/2022**

An die Medien in Berlin, Brandenburg und Sachsen

Mehr Geld muss her: Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie fordern nachhaltige und deutliche Entgeltsteigerung

Die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie fordern in der Tarifrunde 2022 ein ebenso deutliches wie nachhaltiges Lohnplus. Dies zeigten die Diskussionen in der heutigen Sitzung der Tarifkommissionen für Berlin-Brandenburg und Sachsen deutlich. „Diesmal müssen die Monatsgehälter spürbar steigen, damit die Einkommen nachhaltig stabilisiert werden“, sagte IG Metall Bezirksleiterin Birgit Dietze.

In der Sitzung der Tarifkommissionen für Berlin-Brandenburg und Sachsen in Berlin-Schönefeld zeichnete sich ein klarer Kurs für die Metall- und Elektro-Tarifrunde in diesem Herbst ab. Angesichts hoher Unternehmensgewinne und stark steigender Verbraucherpreise erwarten die Beschäftigten eine kräftige Erhöhung ihrer monatlichen Entgelte. „Eine tabellenwirksame Steigerung der Monatsentgelte muss und wird ganz klar im Mittelpunkt dieser Tarifrunde stehen“, sagte Birgit Dietze, IG Metall Bezirksleiterin Berlin Brandenburg Sachsen. „Trotz aller wirtschaftlichen Unsicherheiten haben die Konzerne üppige Gewinne eingefahren und Milliarden an Dividenden an ihre Aktionäre ausgeschüttet. Völlig zu Recht verlangen die Beschäftigten, dass auch sie an der noch immer guten Geschäftsentwicklung beteiligt werden – und zwar dauerhaft und nachhaltig. Die Kolleg*innen brauchen dauerhaft mehr Geld statt einer einzelnen Überweisung, die schnell aufgebraucht ist.“

Bundesregierung muss mehr für eine gerechte Verteilung der Inflationslasten tun

Zugleich rief Dietze auch die Politik auf, auf die anhaltenden Preissteigerungen mit weiteren Entlastungen für Arbeitnehmerhaushalte zu reagieren. „Wir werden als IG Metall keine Abstriche an unseren Tarifforderungen machen. Aber die Tarifpolitik kann nicht jede Preissteigerung ausgleichen. Die Bundesregierung hat mit den ersten beiden Entlastungspaketen einige wichtige Forderungen der IG Metall erfüllt. Jetzt aber muss sie nachlegen, wenn sich die Teuerung wie derzeit fortsetzt. Es wird immer dringlicher, die Forderung der IG Metall nach einer Deckelung der Gaspreise und einem sozial gestalteten Mobilitätsgeld umzusetzen“, so Dietze. „Die Bundesregierung kann und muss mehr tun, um die Inflationslasten gerecht zu verteilen.“

Für Rückfragen: Markus Sievers, 0151 29 23 11 82